

profil:GRÜN

ENERGIEWENDE

DIGITALE BÜRGERRECHTE

EUROPA

EUROPAS VERSPRECHEN

APRIL 2014


**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

www.gruene-bundestag.de



4

PROFIL:GRÜN IM APRIL 2014

4 ENERGIEWENDE

Wie grüne Politik auf einen gerechten Ausgleich und auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zielt, erklären *Oliver Krischer* und *Julia Verlinden*



10

8 EUROPAS VERSPRECHEN

Zur Lage in der Ukraine
Katrin Göring-Eckardt

10 DIGITALE BÜRGERRECHTE

Warum ein Mensch unter Beobachtung niemals frei ist, erläutert
Konstantin von Notz

14 PARLAMENT:GRÜN

Unsere parlamentarische Arbeit aus den Arbeitskreisen

18 PORTRÄT

„Ich will verändern!“
Luise Amtsberg im Gespräch mit *Susanne Sporrer*



20

20 EURO-KRISE

Die Eurokrise muss nachhaltig gemeistert werden. *Frithjof Schmidt* und *Kerstin Andreae* erklären, wie.

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, **V.i.S.d.P.:** Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Ute Köhler, Sibylle Kraut-Eppich, **Gestaltung:** Stefan Kaminski, Jakina Wesselmann, **Titelbild:** Jon Nazca / Reuters, **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Auflage:** 75.500, erscheint auch als Anzeige im „schrägstrich“, **Redaktionsschluss:** 26.03.2014, **Papier:** 90 g Revive Pure, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

100 Tage GroKo sind um, die Schonfrist auch. Viel hat sie noch nicht auf den Weg gebracht, die 80-Prozent-Koalition. Zuallererst bedient sie ihre eigenen Interessen und die ihrer Kernwählerschaft. Union und SPD haben sich schon zwei zusätzliche Vizepräsidenten im Bundestag gegönnt, da hatten die Koalitionsverhandlungen noch nicht begonnen. In Windeseile wurde auch die saftige Diätenerhöhung von zehn Prozent zum Jahreswechsel durchgezogen.

Für die Rente mit 63 nimmt die Regierung zusätzlich 30 Milliarden Euro aus der Rentenkasse. Leider bekommen die, die von Altersarmut bedroht sind, wie zum Beispiel viele Frauen, nichts davon ab. Ab 2017, wenn die Rentenkasse leer ist, sollen diese Ausgaben steuerfinanziert werden. Wir können gespannt sein, welchen Vorschlag zur Gegenfinanzierung die Union im nächsten Bundestagswahlkampf auftischt. Als einzige Fraktion im Bundestag stellen wir uns dieser Politik der Zukunftsvergessenheit entgegen.


Wir sind diejenigen, die konsequent auf Aufklärung in der NSA-Affäre setzen und erfolgreich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erstritten haben. Die digitalen Bürgerrechte sowie das grüne Kernthema Energiewende bilden die Schwerpunkte unserer Fraktionsarbeit in diesem Halbjahr und in diesem Heft. Wir sind die Einzigen, die – gemeinsam mit unseren grünen Energieministern in den Ländern – gegen die Abwicklung der Energiewende kämpfen. Für dieses entscheidende Zukunftsprojekt ist die Große Koalition eine Fehlbesetzung. Ganz bitter, dass Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel die ohnehin reduzierten schwarz-gelben Ausbauziele für die Erneuerbaren noch einmal kräftig unterbieten will. Während in Bayern Horst Seehofer den Netzausbau blockiert und Peter Ramsauer für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten mobilmacht.

Diese Koalition braucht eine Opposition, die ihr Beine macht. Noch ringen wir aber mit Union und SPD darum, als Opposition angemessene Minderheitenrechte im Bundestag zu bekommen. Eine Politik unter sechs Augen im Kanzleramt ist nicht im Sinne der Demokratie.

Keine Frage, wir haben im eigenen Land viel zu tun. Aber wir blicken in diesen Tagen vor allem auf die Ukraine. Wir wollen zu einer friedlichen Lösung dieses Konflikts beitragen. Wir müssen jedoch auch deutlich machen, dass es bei europäischen Werten wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechten keinen Rabatt für niemanden gibt. Mit Beiträgen zur Ukraine und zur Überwindung der europäischen Finanzkrise stellt sich diese profil:Grün auch der Zukunft Europas.



Herzlich
IHRE KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende



Die Energiewende liefert das Instrumentarium, um die Herausforderung des Klimawandels zu meistern. Den Klimawandel zu bremsen, muss die Richtschnur einer verantwortlichen Politik sein. Statt die Energiewende weiter zu demontieren, muss sie wieder auf Erfolgskurs gebracht werden. Das geht nur mit uns Grünen im Bundestag.

ENERGIEWENDE?

Foto: Michael Reichel (ari)

Die grüne Energiewende steht für eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung ohne Kohle und Atom. Den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien auf mittlerweile 25 Prozent Anteil am Strommix hatte seinerzeit die rot-grüne Bundesregierung angestoßen. Wir legten damit zugleich die Grundlage für eine zukunftsfähige, leistungsstarke Industrie und eröffneten die Perspektive einer klimaverträglichen Energieversorgung in Bürgerhand. Bis heute erleben Wind- und Solarstrom einen gewaltigen Aufschwung, dafür sorgt das von uns Grünen im Bundestag eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit garantierten Einspeisevergütungen.

Doch die letzte Große Koalition plus vier Jahre schwarz-gelbes Missmanagement haben die Energiewende zurückgeworfen. Der neuerliche Boom der klimaschädlichen Kohle, ungerechte Preiserhöhungen für Verbraucherinnen und Verbraucher und überbordende Ausnahmen für die Industrie haben die Energiewende zunehmend in eine Schiefelage gebracht. Wie und ob sie diese Fehlentwicklungen korrigieren will, darauf bleibt auch die jetzige Große Koalition schlüssige Antworten schuldig. Und von Brüssel aus wirft EU-Kommissar Oettinger der deutschen Energiewende zusätzlich Knüppel zwischen die Beine.

BRÜSEL NIMMT DIE ENERGIEWENDE AUF KORN

Derzeit tut die Europäische Kommission einiges, um die Energiewende in Europa zu Fall zu bringen. Überall erleben wir ein Rollback zu Kohle und Atom. Subventionen für Atomkraftwerke in Großbritannien nimmt der deutsche EU-Kommissar Oettinger stillschweigend in Kauf. Die Risikotechnologie des Fracking zur Förderung von unkonventionellem Erdgas unterstützt er gar. Dazu passt ein beschämend niedriges 40-Prozent-Klimaziel für das Jahr 2030. Verbindliche Ziele für die Erneuerbaren und die Energieeffizienz wollte Oettinger gleich ganz verhindern. Dem hat das EU-Parlament Anfang Februar vorerst einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die EU-Kommission hat jetzt auch gezielt die Energiewende in Deutschland durch zwei Initiativen infrage gestellt. Zum einen überprüft sie die Industrieausnahmen von der EEG-Umlage. Auch wir Grünen im Bundestag haben uns immer gegen ungerechtfertigte Ausnahmeregelungen – etwa für Hähnchenmastanlagen, Rechenzentren und den Braunkohletagebau – gewandt. Aber was wäre, wenn die

EU-Kommission am Ende alle Industrieausnahmen für unzulässig erklärte? Ohne die Ausnahmen für wirklich energieintensive Industrien käme das EEG massiv unter Druck. Dass es so weit kommen konnte, liegt am Versagen der alten und der neuen Regierung Merkel.

Der zweite Angriff auf das EEG steckt in den neuen EU-Beihilfavorschriften für Energie und Umwelt 2014-2020. Damit stellt die EU-Kommission ein Herzstück des EEG, die bewährten Einspeisevergütungen für Erneuerbare, infrage. Künftig will die EU nur noch Ausschreibungssysteme erlauben. Die öffentliche Hand müsste den Zubau von Erneuerbaren-Kraftwerken quasi öffentlich bestellen, damit Investoren investieren können. So würde der Ausbau der Erneuerbaren komplizierter und teurer. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Projekte vor Ort wäre praktisch unmöglich.

SCHWARZ-ROTE VORSCHLÄGE GEHEN IN DIE FALSCHER RICHTUNG

Die Bundesregierung macht es nicht besser. Bundeswirtschaftsminister Gabriel will den Ausbau der Solarenergie und der Windenergie an Land ausbremsen. Die geplante Deckelung auf jährlich je 2.500 Megawatt neuer Windkraft- und Solaranlagen ist ein drastischer Rückschritt. Sie wird die Energiewende ins Stocken bringen, aber nicht dazu beitragen, die Belastungen durch die EEG-Umlage zu verringern. Denn dafür sind in erster Linie die nach dem Zusammenbruch des Emissionshandels äußerst niedrigen Preise an der Strombörse und die inflationäre Ausweitung der Industrieausnahmen von der EEG-Umlage verantwortlich. Neue Solar- und Windkraftanlagen sind nicht die Kostentreiber, sie produzieren schon heute günstiger Strom als neue Gas- oder Kohlekraftwerke.

Gabriels Eckpunkte zur Reform des EEG setzen den falschen Kurs des Koalitionsvertrages nicht nur fort, sie verschlimmern ihn noch. Auch die Forderung von Union und SPD nach einer verpflichtenden Direktvermarktung geht – ebenso wie der Ruf der EU-Kommission nach einem Ausschreibungsverfahren – in die falsche Richtung. Beide Mechanismen sind geeignet, Bürgerenergieprojekte unkalkulierbar zu machen und die Stromproduktion wieder RWE und Co. zu überlassen. Statt Details ungerechtfertigter Industrieprivilegien abzubauen, droht sogar noch eine Ausweitung der Befreiungen. Die Zeche zahlen die Verbraucher.

EEG WEITERENTWICKELN, ABER DIE ERNEUERBAREN NICHT AUSBREMSEN

Die Erneuerbaren-Branche, aber auch die energie- und außenhandelsintensiven Unternehmen brauchen endlich Planungssicherheit. Die Grünen haben der Bundesregierung einen Konsens für die Weiterentwicklung der Energiewende angeboten. Wie eine mögliche Einigung zur Reform des EEG aussehen kann, haben die sieben grünen Energieminister der Länder zusammen mit der grünen Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand der Grünen bereits Anfang des Jahres in ihrer Energiewende-Agenda 2020 deutlich gemacht.

Nach der Phase der „Systemeinführung“ (0-25 Prozent Erneuerbare) ist es nun an der Zeit, die rechtlichen Grundlagen für den nächsten Schritt des Ökostromausbaus, der „Systemdurchdringung“ (25-50 Prozent Erneuerbare), zu schaffen. Wir Grüne im Bundestag machen konkrete Vorschläge für eine gerechte und zukunftsfähige Gestaltung der Energiewende im Stromsektor. Die Energiewende braucht neuen Schwung, eine Politik, die Investitions- und Planungssicherheit schafft und Deutschland wieder zu einem verlässlichen Vorreiter des Klimaschutzes macht. Wir wollen zudem die Kohle zurückdrängen und für faire Energiepreise und Versorgungssicherheit sorgen. Den Ausbau der Erneuerbaren wollen wir wie bisher über Einspeisevergütungen, also über den Preis steuern, nicht über willkürliche Mengenbeschränkungen. Einen Deckel für erneuerbare Energien, wie ihn die Bundesregierung plant, lehnen wir ab, denn er würde die Kohleverstromung unter Bestandsschutz stellen. Wir wenden uns zudem gegen die Absicht von Schwarz-Rot, den Eigenverbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit der EEG-Umlage zu belasten. Das würde die Wirtschaftlichkeit dieser klimafreundlichen Stromerzeugung gefährden, während Kohlekraftwerke nicht belastet werden sollen. Dezentrale Versorgung und Verbrauch vor Ort gilt es zu fördern, nicht zu behindern.

100 Prozent erneuerbare Energien zu bezahlbaren Preisen sind machbar. Wir Grüne im Bundestag sind bereit – auch aus der Opposition heraus – Verantwortung für die Gestaltung der Energiewende zu übernehmen. Wenn Angela Merkel und Sigmar Gabriel wieder eine aktive Klimaschutz- und Energiepolitik betreiben wollen, haben sie unsere Unterstützung – doch dann müssen sie ihren Kurs deutlich ändern.

ENERGIEEFFIZIENZ: WIEDER NUR EIN SCHWARZ-ROTES LIPPENBEKENNTNIS

Energieeffizienz ist ein Schlüssel für die Energiewende. Sie senkt die Abhängigkeit von Energieimporten, nützt der Wirtschaft und dem Klima. Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren ebenfalls von höherer Energieeffizienz. Im Sommer steht die Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie an. Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich darauf verständigt, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Schwarz-Rot will bei der Umsetzung der Richtlinie aber offenbar wieder den bequemsten Weg gehen. Der Verkehrssektor und Teile der Industrie sollen unberücksichtigt bleiben. Anstatt auf ambitionierte politische Instrumente zur Senkung des Energieverbrauchs setzt die Koalition vorwiegend auf Aufklärung und Freiwilligkeit. Um ihre eigenen Hausaufgaben, jährlich drei Prozent der eigenen öffentlichen Gebäude energetisch zu sanieren, will sie sich mit „anderen kosteneffizienten Maßnahmen“ herumdrücken. Dabei ist der Sanierungsstau im Gebäudebestand einer der größten Klimaschutzbremsen. Wir Grüne im Bundestag fordern hier mehr Ideen und Initiative: Ein Mix aus finanzieller Förderung, (Verbraucher-)Information, besserer Ausbildung sowie wirksamem Ordnungsrecht kann den Sanierungsstau auflösen. Damit können wir erreichen, dass Mieterinnen und Mieter den steigenden Heizungskosten nicht mehr hilflos ausgeliefert sind. Das Klimaziel und einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen wir nur mit Anreizen, Energie sparsamer und effizienter einzusetzen – kurz: mit einer ambitionierten Energieeffizienzpolitik.

Mehr Informationen unter:
» gruene-bundestag.de » Energie

OLIVER KRISCHER MDB
stv. Fraktionsvorsitzender
polit. Koordinator des AK 2



JULIA VERLINDEN MDB
Sprecherin für Energiepolitik



ANNALENA BAERBOCK MDB, Sprecherin für Klimapolitik
BÄRBEL HÖHN MDB, Vorsitzende im Umweltausschuss

Europäische Klima- und Energiestrategie: Ambitionslos in das Jahr 2030

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 verhandelte die Bundesregierung erfolgreich eine europäische Energie- und Klimastrategie. Drei Klimaziele für das Jahr 2020 sah diese 20-20-20-Strategie vor: die Reduktion von CO₂, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine Steigerung der Energieeffizienz um jeweils 20 Prozent. Sieben Jahre später interessiert sich die damalige „Klimakanzlerin“ jedoch nicht mehr für das Klima. In der aktuellen Diskussion über die Ziele für das Jahr 2030 bringt sich die schwarz-rote Bundesregierung nicht mit ambitionierten Vorschlägen ein, sondern orientiert sich am kleinsten gemeinsamen Nenner der EU-Kommission. Dabei schlägt die Kommission in ihrem „Weißbuch für die Energie- und Klimapolitik 2030“ – auf massiven Druck von Energiekommissar Oettinger – gerade mal ein lächerliches Ausbauziel von 27 Prozent für Erneuerbare vor. Das CO₂-Reduktionsziel bleibt mit 40 Prozent weit hinter den Möglichkeiten zurück und für Energieeinsparung soll es gar keine Vorgaben geben. Diese schwachen Ziele sind nicht nur für die deutsche Energiewende ein Schlag ins Kontor. Ein verheerendes Signal senden sie auch in Richtung des internationalen Klimaschutzabkommens, das nächstes Jahr in Paris verhandelt werden soll. Dem deutschen Energiekommissar ist es auf erschreckende Art und Weise gelungen, sich mit seinem atom- und kohlefreundlichen Kurs durchzusetzen – auch auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Denn – so hatte es die EU-Kommission in eigenen Dossiers kalkuliert – eine verbindliche Zieltrias (s. o.) ist nicht nur gut für Klimabilanz und internationale Glaubwürdigkeit, sondern fördert auch Wachstum und Beschäftigung. Neben sinkenden Importkosten für fossile Rohstoffe und weniger Umwelt- und Gesundheitsbelastungen können durch drei verbindliche 2030-Ziele bis zu 1,25 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. In unserem Antrag „Die Energiewende europäisch verankern“ fordern wir deshalb bis zum Jahr 2030 die Reduktion der europäischen CO₂-Emissionen um mindestens 55 Prozent, einen Ausbau der Erneuerbaren um 45 Prozent sowie ein Energieeinsparziel von 40 Prozent. Statt der Kohleindustrie eine Bestandsgarantie auszustellen, bilden diese Ziele einen Anreiz für Investitionen in die Zukunft und machen ein globales Klimaabkommen möglich!



EUROPAS VERSPRECHEN

Wer in diesen Tagen und Wochen auf die Ukraine blickt, findet mehr Fragen als Antworten. Was erwartet die Menschen zwischen Lwiw und Donezk, zwischen Odessa und Kiew? Wie findet das Land den Weg in eine friedliche, freie und demokratische Zukunft? Es geht aber auch um Europa und die internationalen Beziehungen zu Russland. Und es geht um mehr Unabhängigkeit hier bei uns – von fossilen Energien und damit von Energieimporten aus Russland.

25 Jahre nach der Friedlichen Revolution und zehn Jahre nach der Osterweiterung der Europäischen Union ist die Attraktivität des Friedensprojektes Europa ungebrochen groß. Auch für sehr viele Menschen in der Ukraine ist Europa kein bürokratisches Konstrukt, sondern ein Versprechen. Für sie steht Europa für das Versprechen auf ein Ende der bodenlosen Korruption einer autoritären Führungsrie-

ge. In ihrer Enttäuschung darüber, dass Präsident Janukowitsch sein Versprechen gebrochen und die Assoziierung mit der EU ausgeschlagen hatte, sind sie in den vergangenen Wochen und Monaten auf die Straße gegangen. Wir alle haben den Verlauf dieser Proteste und der politischen Entwicklung in der Ukraine verfolgt, bis hin zu ihrem traurigen Höhepunkt. Am 20. Februar starben 82 Menschen in Kiew auf und um den Euromaidan durch Schüsse von Scharfschützen, während die Außenminister des Weimarer Dreiecks – Deutschland, Frankreich und Polen – versuchten, zwischen der Maidan-Bewegung, der Opposition und der Regierung Janukowitsch zu vermitteln. Einen Tag später verließ Wiktor Janukowitsch das Land, eine Übergangsregierung kam ins Amt. Drei Wochen später wurde die autonome Region Krim durch Russland militärisch besetzt und annektiert.

KEINEN WERTERABATT

Die Menschen in der Ukraine haben viel riskiert für ihren Wunsch nach einer engeren Anbindung an Europa. Einige von ihnen haben diesen Mut sogar mit dem Leben bezahlt. Nicht nur deshalb sind wir als Europäerinnen und Europäer in mehrfacher Hinsicht in der Pflicht. Wir müssen deutlich machen, dass es bei europäischen Werten wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechten keinen Rabatt gibt. Ein Bruch des Völkerrechts ist weder zu begründen, noch zu relativieren oder zu verharmlosen. Europa ist angesichts dieser Lage gefragt, Geschlossenheit zu zeigen und mit einer Stimme zu sprechen. Es muss seine diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen, auch alle Gesprächsmöglichkeiten, um auf eine friedliche Lösung hinzuwirken.

„BUSINESS AS USUAL“ KANN ES NICHT GEBEN

Die Entscheidung des EU-Rates für einen Drei-Stufen-Plan für Sanktionen gegen Russland als diplomatisches Mittel ist grundsätzlich richtig. Auf die grüne Forderung, in dieser Situation keine Waffen und Rüstungsgüter an Russland zu liefern, hat inzwischen sogar das Bundeswirtschaftsministerium reagiert. Der Export weiterer Güter zur Errichtung eines Gefechtsübungszentrums der Armee im russischen Mulino wurde gestoppt. Dass aber der russische Staatskonzern Gazprom nun Alleineigentümer des größten deutschen Erdgasspeichers werden soll, kümmert die Bundesregierung anscheinend wenig. Dabei sind Deutschland und Europa schon jetzt in hohem Maße von Rohstoffimporten aus Russland abhängig. Je ein Drittel unseres Öls und Erdgases sowie ein Viertel der von uns verbrannten Steinkohle importieren wir aus Russland. Diese Abhängigkeit ist kein Naturgesetz, sondern die Folge verfehlter Politik. Systematisch wurde seit Beginn der Kanzlerinnenschaft von Angela Merkel die Energiewende ausgebremst. Der unter öffentlichem Druck vollzogene Atomausstieg hat nicht zum notwendigen Ausbau der Erneuerbaren und zu mehr Investitionen in energetische Sanierung und Energieeffizienz geführt, sondern zu einer Bestandsgarantie für Kohle, Öl und Gas. Angesichts möglicher Einschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland rächt sich dieser energiepolitische Irrweg doppelt. Eine Lösung aus der fossilen Abhängigkeit ist deshalb nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern wichtig für die Vermeidung zukünftiger Konflikte. „Business as usual“ kann es in der jetzigen Situation nicht geben.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

Zuerst muss es jetzt aber darum gehen, die Menschen in der Ukraine zu unterstützen. Das wird nicht einfach werden – weder politisch noch wirtschaftlich. Die Revolution hat auch rechte und nationalistische Kräfte an die Oberfläche gespült, deren Positionen wir in keiner Weise teilen. Dennoch ist die Freiheitsbewegung in der Ukraine keine Revolution von rechten Kräften, wie einige Verlautbarungen aus den Reihen der Linkspartei oder das russische Fernsehen uns glauben machen wollen. Der Vorwurf der Faschismusverharmlosung gegenüber uns und anderen Unterstützerinnen und Unterstützern ist ein geschmackloser Versuch, den überwiegend pro-europäischen Teil der Freiheits- und Demokratiebewegung in der Ukraine in Misskredit zu bringen. So vielfältig und multiethnisch die Bevölkerung der Ukraine ist, so vielfältig ist auch die Bewegung, die sich gegen das korrupte Regime Janukowitsch gestellt hat.

Wir unterstützen die Entsendung einer OSZE-Mission in die Ukraine. Eine internationale Beobachtung der andauernden Auseinandersetzungen halten wir für dringend geboten. Das gilt auch für die Präsidentschaftswahl am 25. Mai. Diese Wahl muss fair vorbereitet und durchgeführt werden, damit ihre Gültigkeit ohne Zweifel ist. Das alles darf aus unserer Sicht aber nicht weitere diplomatische Bemühungen ersetzen, um die Situation zu entschärfen.

Wirtschaftliche Hilfen sind ebenfalls dringend nötig. Von ihrer Wirkung wird es nicht zuletzt abhängen, ob politische Stabilität dauerhaft möglich ist. Die zugesagten Hilfen der EU und die Zollerleichterungen für Waren aus der Ukraine sind erste notwendige Schritte, um die prekäre wirtschaftliche Lage im Land zu entschärfen.

Ziel unserer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung muss es sein, eine weitere Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Es kann nicht um das Recht des Stärkeren gehen. Und es geht nicht ohne Gespräche auf Augenhöhe. Dabei können Europa und Russland nicht über die Ukraine hinweg verhandeln, sondern diese muss souverän entscheiden können, welchen Weg sie gehen will und wer regieren soll.

KATRIN GÖRING-ECKARDT MdB, Fraktionsvorsitzende

**„EIN MENSCH UNTER BEOBACHTUNG
IST NIEMALS FREI.“**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY / REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE
PERSONALAUSWEIS
IDENTITY CARD / CARTE D'IDENTITE

Name/ Surname/ Nom

MUSTERMANN
GEB. GABLE

Vornamen/ Given names/ Prénoms

ERIKA

Geburtstag/ Date of birth/
Date de naissance

12.08.1964

Staat/
Nationalité

DE

Geburtsort/ Place of birth/ Lieu de naissance

BERLIN

Gültig bis/ Date of expiry/
Date d'expiration

31.10.2020

Unterschrift der Inhaberin/ des Inhabers
Signature of bearer - Signature du titulaire



Ein ganzes Bündel von Skandalen rund um die Datensicherheit sorgte in den vergangenen Monaten für Wirbel und bescherte der innen- und rechtspolitischen Debatte einige Höhepunkte. Im Kern geht es dabei um den Erhalt unserer Grundrechte und damit unserer Freiheiten. Das Recht auf Selbstbestimmung ist in Gefahr. Betroffen sind wir alle:

Sie hat nichts zu verbergen, denkt Erika Musterfrau. Was sollte es sie stören, dass ihr Strom-, Heizungs- und Wasserverbrauch demnächst automatisch an unterschiedlichste Dienstleister übertragen wird? Mit einer Genauigkeit, die sogar Rückschlüsse auf ihren Fernsehkonsum zulässt. Dass ihre Bank jede ihrer kleinen Konsumsünden nachvollziehen kann und ebenso, wo sie zum Ausgleich spendet. Dass die Daten ihrer behandelten Krankheiten – ihre Cholesterinwerte, ihr Blutdruck, ihre Psychotherapie – demnächst in der elektronischen Patientenakte zentral gesammelt und über die Gesundheitskarte zugänglich sind?

Es stört sie eben doch, denn was hier im Gang ist, hat längst eine Grenze überschritten. Anhand ihrer Handyortungsdaten ist jederzeit nachvollziehbar, wo sie unterwegs ist. Ihr Internetprovider kennt ihre Interessen und Vorlieben. Und auf dem Gelände der Deutschen Bahn wird jede ihrer Bewegungen per Video erfasst.

Sie kann sich dieser ausufernden Datensammelerei kaum entziehen. Soll sie sich eine neue Wohnung suchen, bloß weil ihre Vermieterin die Heizdaten zur schnelleren Abwicklung elektronisch erhebt – zumal das in anderen Mietshäusern auch zunehmend üblich ist? Auch der Kreditkartenmarkt ist überschaubar und lässt ihr wenig Wahlfreiheit. Im Job muss sie erreichbar sein und kann nicht mehrmals täglich den Akku aus ihrem Handy entfernen. Und Autofahren ist in den mit Digitaltechnik vollgestopften neuen Modellen auch keine Privatsache mehr.

ÜBERWACHUNG NIMMT FREIHEIT

Mit all diesen gesammelten Daten lässt sich ein nahezu komplettes Bild von ihr erstellen. Gegen ihren Willen entsteht ein übermächtiges Datenbild. Nur eine der Folgen: Ihr Online-Händler schlägt ihr Bücher der immer gleichen Sorte vor. Ihre Suchanfragen im Internet zeigen Ergebnisse innerhalb eines projizierten mentalen Tellerrands. Erst nervt es sie vielleicht nur, auf diese Daten reduziert zu werden. Dann aber stellt sie fest, dass sie aufgrund dieses Bildes spürbare Nachteile hinnehmen muss. Die Schufa

verneint ihre Kreditwürdigkeit und sie hat keine Ahnung, warum – die Bewertungsalgorithmen für ihre Daten bleiben Betriebsgeheimnis. Am Arbeitsplatz scheitert ihre Bewerbung auf die Teamleitung, weil die Verantwortliche sich anhand ihrer Online-Freunde ein Bild von ihr macht – und keine „Führungspersönlichkeiten“ darunter findet. Und solange sie in diesem „wirtschaftsschwachen“ Stadtteil wohnt – an der Postleitzahl zu erkennen –, bietet man ihr nur teure Mobilfunkverträge an.

Das ist Big Data: Wenn die Vielzahl von Daten, die von uns allen erhoben werden, miteinander kombiniert, statistisch ausgewertet und dann für Bewertungen einer Person zusammengesetzt werden: gute Kundin / schlechte Kundin, Risikopatientin oder gleich: Risikofaktor! Es sind aber ihre Daten, findet Erika Musterfrau. Und dass es ihr gutes Recht ist, selbst über sie zu bestimmen. Und: Sie will nicht ständig Zuordnungen in irgendwelche Schubladen ausgesetzt sein. Egal ob diese stimmen oder nicht: Sind sie einmal in der Welt, haben sie Folgen. Und deshalb muss sie von sich aus dagegen tätig werden, sich rechtfertigen, wenn sie keine Nachteile erleiden will.

ZWANG ZUR KONFORMITÄT

Schließlich wirkt dieses künstlich geschaffene Bild von Erika Musterfrau mit voller Wucht auf sie zurück. Zu den eifrigsten Datensammlern gehören Staaten wie auch kommerzielle Internet-Anbieter. Ein paar Klicks reichen, um das gesamte Verhalten, nicht nur die Konsumgewohnheiten, vorherzusagen. Erika selbst kann das Ausmaß nicht erkennen, es bleibt Dienst- beziehungsweise Geschäftsgeheimnis. Dieses Szenario, so befremdlich es vielleicht noch erscheint, ist weit weniger Zukunftsmusik als man denkt: Längst arbeiten europäische Forscherteams an Programmen, die Überwachungsvideos im öffentlichen Raum automatisch auswerten, um Kriminelle anhand von „abnormalem“ Verhalten zu identifizieren. Im Visier der Kameras sind wir alle. Und so fragt sich Erika Musterfrau: Ist es schon „abnorm“, schnell zu rennen oder lange zu sitzen? Gibt es überhaupt noch unüberwachten öffentlichen Raum? Sie will nicht vom Raster der automatisierten Fahndung erfasst werden, also passt sie sich in vorauseilendem Gehorsam der vermuteten Norm an. Eine Konformität, die sie stört. Die Wahl hat sie auch bei ihrem neuen Auto nicht. Sicher, sie bestimmt Marke und Klasse, Ausstattung und Farbe. Doch so oder so – der neue Wagen ist in der Lage, Bewegungs- und Handlungsprofile zu erheben, zu speichern und an die unterschiedlichsten

Stellen weiterzuleiten: Wann sie wie oft wohin fährt, ob ihr Fahrverhalten aggressiv oder zurückgenommen anmutet, welche Musik sie hört. Ihre Versicherung testet bereits den Telematiktarif: Wenn sie ihren Fahrstil elektronisch überwachen lässt, muss sie weniger zahlen. Immerhin: Sie kann wählen. Kann sie? Gewisse Grunddaten erheben Neuwagen schon heute standardmäßig. Einige Fahrzeuge zum Beispiel, ob sie vor dem Unfall eine Kaffeepause gebraucht hätte und ob sie tatsächlich eine eingelegt hat. Ist sie angesichts dieser technischen Zwangsjacke frei in ihrem Willen und selbstbestimmt?

VERTEIDIGEN WIR DIE DEMOKRATIE!

„Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr.“ So haben es die 562 Schriftstellerinnen und Schriftsteller in ihrem Appell zusammengefasst, den die grüne Bundestagsfraktion im Februar in den Bundestag eingebracht hat. Unsere Demokratie fußt auf der Selbstbestimmung des Menschen, die Grundrechte (Art. 1–19 Grundgesetz) garantieren sie: so das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und das Recht, seine Meinung (...) frei zu äußern. Das Briefgeheimnis gehört ebenso dazu wie das Post- und Fernmeldegeheimnis oder die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Dass die Digitalisierung unseres Lebens und Wirtschaftens auch unglaubliche neue Möglichkeiten bringt, sehen wir Grüne durchaus. Ein Beispiel ist etwa die Einsparung von Emissionen im Stockholmer Verkehr, ermöglicht durch die Erhebung und Vernetzung differenzierter Informationen und Datenbestände. Es gibt andere positive Entwicklungen. Dank digitaler Technik wie intelligenter Wärmeregler lässt sich der Ressourcenverbrauch senken. Eine individualisierte, schonendere Medizin ist möglich. Neue Wirtschaften entstehen, wie etwa die Open-Source-Bewegung, wo statt kommerzieller Interessen im Vordergrund steht, Wissen zu teilen und dadurch weiterzuentwickeln – frei nutzbare Software ist ein Beispiel dafür.

Bei alledem bleiben das Recht auf Privatheit und das Recht auf Selbstbestimmung als Anspruch unseres Grundgesetzes bestehen; diese Grundrechte dürfen nicht durch neue Technologien ausgehöhlt werden. Wir Grüne wollen gerade, dass sie auch angesichts der neuen digitalisierten Möglichkeiten Bestand haben und von Staats wegen garantiert bleiben. Das ist eine aufwändige und alles andere als leichte Aufgabe. Daran arbeiten wir Grüne im Bundestag.

GRUNDRECHTE DURCHSETZEN, BESTEHENDE GESETZE ANPASSEN, NEUE REGELUNGEN SCHAFFEN

Geheimdienste diverser Staaten verletzen unsere Grundrechte permanent: Der US-amerikanische National Security Service (NSA) zapft im großen Stil den E-Mail-Verkehr an. Der britische Geheimdienst GCHQ arbeitet gar gezielt daran, den Ruf Einzelner aktiv zu schädigen – zum Beispiel durch Falschmeldungen in sozialen Netzwerken. Grundrechte sicherzustellen bedeutet also nach wie vor, auch gegen die Demokratie gefährdende staatliche Überwachung vorzugehen. Das muss auf europäischer und internationaler Ebene ebenso wie durch bilaterale Abkommen geschehen. Sicherheit zu gewährleisten, ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Doch sie muss ins richtige Verhältnis zu den Persönlichkeitsrechten des Einzelnen gebracht werden.

Auch nationale Maßnahmen sind deshalb gefragt. Mit der flächendeckenden Überwachung und Analyse aller Lebensbereiche verändert sich das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern: Während auf der einen Seite angesichts unüberschaubarer Datenströme die Ohnmacht wächst, gewinnen auf der anderen Seite Behörden und Unternehmen immer neue Einsichtsmöglichkeiten. Um die Grundrechte hier gewährleisten zu können, müssen bestehende gesetzliche Regelungen laufend überarbeitet und im Sinne des selbstbestimmten Individuums an die neuen Anforderungen des digitalen Zeitalters angepasst werden. Ein „Update“ selbst des ehrwürdigen Grundgesetzes erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll.

Im privatwirtschaftlichen Bereich hinken die Reformen noch weiter hinterher. Tatsächlich bestimmen einige wenige, den Markt beherrschende IT- und Internetanbieter die Bedingungen ihrer Datenerhebung und -verwertung. Sie verdienen daran, geben ihren Nutzerinnen und Nutzern aber praktisch keine Mitspracherechte. Eine Kontrolle, ob die Datenerhebung an ihren ursprünglichen Zweck gebunden und inwieweit sie überhaupt erforderlich ist, findet nicht statt. Da sind neue, innovative Regelungsansätze erforderlich – wenn das Prinzip der Selbstbestimmung nicht den Bach runtergehen soll. Die großen Hoffnungen auf eine umfassende EU-Reformgesetzgebung haben sich vorerst zerschlagen. Hier müssen wir zügig weiterkämpfen, damit es sobald wie möglich verbesserte EU-weite Standards gibt. Bis dahin müssen wir auch das Heft des Handelns auf nationaler Ebene wieder in die Hand nehmen.

Die Anforderungen sind bekannt: Neben Reformen des klassischen Ordnungsrechts müssen vielfältige, auch freiwillige Anreizstrukturen treten, um das Eigeninteresse der Unternehmen zu wecken, zum Beispiel durch Gütesiegel. Und der Datenschutz muss verpflichtend bereits in die Technik selbst hineingewoben werden (Privacy by Design). Dafür machen wir Grüne im Bundestag uns stark.

FREIHEIT IN DER DIGITALITÄT ERMÖGLICHEN

Freiheit heißt Alternativen haben. Deshalb will Erika Musterfrau nicht nur wissen, wer über welche ihrer Daten verfügt. Sie will Einblick in die Risikoalgorithmen, die über ihre Lebensbedingungen entscheiden. Sie will ihr Recht auf Auskunft, Korrektur oder Löschung ihrer Daten auch gegen internationale Unternehmen durchgesetzt wissen.

Erika Musterfrau will durchschauen, wie die neue digitale Welt ihr entgegentritt und funktioniert. Sie will als Bürgerin mitentscheiden, wie viel Überwachung erlaubt ist. Sie will erfahren, wie und warum grundlegende Entscheidungen über sie getroffen werden. Sie will verstehen, wie das öffentliche Leben geregelt ist, welchen Gesetzen die Beschaffung und Verwertung von personenbezogenen Daten unterliegt. Das möchte sie in einem politischen Diskurs zwischen freien Bürgerinnen und Bürgern ausgehandelt wissen. Und genau das wollen wir Grüne auch.

KONSTANTIN VON NOTZ MdB
stv. Fraktionsvorsitzender
polit. Koordinator des AK 3



Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, sich intensiver mit diesem Thema befassen wollen: auf » [gruene-bundestag.de/freiheit#vernetzt#sichern](https://www.gruene-bundestag.de/freiheit#vernetzt#sichern) bauen wir dazu eine Informationsplattform auf. Oder abonnieren Sie unseren Fach-Newsletter: » [gruene-bundestag.de/newsletter](https://www.gruene-bundestag.de/newsletter)

Hier berichten wir über unsere parlamentarische Arbeit aus den Arbeitskreisen. Weitere Informationen und Themen bietet unsere Website » gruenebundestag.de » Themen. In der Rubrik » gruenebundestag.de » Parlament » Initiativen finden Sie unsere aktuellen Bundestagsdrucksachen.

» TTIP: SO NICHT!

Trotz heftiger Kritik gehen die Verhandlungen zum US-EU-Freihandelsabkommen TTIP weiter. Wir fordern die Aussetzung und einen kompletten Neustart. Der laufende Prozess ist völlig intransparent und findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dabei drohen nicht weniger als die Absenkung von Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards sowie die Gefahr, dass künftig Unternehmen nationale Rechtssysteme unterlaufen können. Das muss verhindert werden. Wir sprechen uns unter anderem für eine zivilgesellschaftliche Beteiligung aus. Bereits im Sommer 2013 hat die Bundestagsfraktion klare Kriterien und Mindestanforderungen an das Verhandlungsmandat formuliert. Daran werden wir weiterarbeiten und die Bundesregierung zu mehr Transparenz zwingen. Zudem entwickeln wir unsere Vision vom grünen Freihandel weiter, der soziale und ökologische Standards auf beiden Seiten stärkt. Bleiben Sie dazu auf dem Laufenden mit unserem Themenschwerpunkt TTIP auf gruenebundestag.de.

» RENTE: ALTERSARMUT TROTZ REFORM

Die Bundesregierung führt die Gesellschaft in der Rentenpolitik nicht zusammen, sondern spaltet das Land noch mehr. Beschäftigten mit kleinen Einkommen, Selbstständigen, Langzeitarbeitslosen und allen, die wegen ihrer kleinen Rente zum Sozialamt gehen müssen, hilft die Regierung nicht. Im Gegenteil: Die Renten werden noch kleiner ausfallen, weil das Rentenniveau wegen der Reform stärker sinken wird. Die junge Gene-

ration zahlt gleich doppelt: heute durch höhere Beiträge und morgen durch ein niedrigeres Rentenniveau. Richtig beschämend ist, dass Union und SPD weit über 160 Milliarden Euro in die Hand nehmen und kein Geld für ein Mindestniveau für langjährig Versicherte in der Rente haben. Auch der Schutz der Erwerbsgeminderten, einer der am stärksten von Armut bedrohten Gruppen, ist der Regierung gerade einmal zwei Prozent der gesamten Mittel wert. Die Bundesregierung greift die sozialpolitisch vordringlichen Fragen gar nicht oder völlig unzureichend auf. Unsere aktuellen Bundestagsdrucksachen zum Thema: 18/629, 18/611.

» GRÜNE HAUSHALTPOLITIK KONSOLIDIERT

Die Bundesregierung erkaufte sich einen ausgeglichenen Haushalt durch den dreisten Griff in die Sozialkassen. Das ist ungerecht und unsolid. Die Folge ist ein massives Risiko steigender Beiträge in der Rentenkasse und für die Krankenversicherung. Wir Grüne wollen in die Zukunft investieren statt die Vergangenheit subventionieren. Das ist für uns eine tragende Säule der Generationengerechtigkeit. Durch Investitionen in die Zukunft wollen wir die Energiewende beschleunigen und das Klima retten, die Kluft zwischen Arm und Reich verringern und Bildung und Forschung stärken. Zur Finanzierung unserer Konzepte setzen wir auf Subventionsabbau, strukturelle Reformen, konsequente Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen. So schaffen wir es, den Haushalt zu konsolidieren und die Schuldenbremse konsequent einzuhalten.



Foto: Paul Zinken/dpa

FRAGEN ZU WIRTSCHAFT, FINANZEN & SOZIALEM?
akt1@gruene-bundestag.de

» #MERKELMAIS? NEIN DANKE!

Fast niemand will Genmais. Warum hat die Bundesregierung dann in Brüssel nicht gegen die Genmais-Anbauzulassung gestimmt? Ganz einfach: Weil die Bundeskanzlerin

das TTIP-Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht gefährden will. Angela Merkel trägt damit die Hauptverantwortung, wenn ab 2015 neuer Genmais auf Europas Äckern wächst. 19 von 28 EU-Staaten haben den Genmais 1507 abgelehnt – die Bundesregie-

rung hätte also ein historisches europäisches „Nein“ zum Genmais erreichen können und müssen. Stattdessen haben Vertreter der Großen Koalition in ihren Statements immer wieder versucht, die Verantwortung für die Zulassung Brüssel anzuhängen. Doch das hat

nicht geklappt: Ihren „Merkel-Mais“ wird die Kanzlerin wohl nicht mehr los. Wir wissen nicht, ob Angela Merkel Genfood mag. Klar ist aber, dass die Gentech-Konzerne den lukrativen europäischen Markt auf Dauer nicht aufgeben wollen.

KOALITION WIDERSPRÜCHLICH

Bereits im Dezember 2013 hat die grüne Bundestagsfraktion einen Antrag (18/180) eingebracht, der die Regierung nach Artikel 23 des Grundgesetzes verpflichten sollte, die Genmais-Zulassung in Brüssel abzulehnen. In der namentlichen Abstimmung im Bundestag Ende Januar zeigten sich dann deutlich die Widersprüche in der Großen Koalition. SPD- und CSU-Abgeordnete, die sich in ihren Wahlkreisen gerne gentechnikkritisch geben, stimmten gegen unseren Antrag und machten damit den Weg für die deutsche Enthaltung in Brüssel frei.

Nach der Empörung über den verpassten Genmais-Stopp versucht die Koalition jetzt, die Bürgerinnen und Bürger mit Versprechen nationaler



oder gar regionaler Anbauverbote zu beruhigen. Doch dafür gibt es noch keine rechtliche Grundlage. Am Ende könnten solche Ausnahmen sogar den Weg für die Zulassung weiterer Genpflanzen ebnen. Nur starke europäische Regeln schützen dauerhaft und wirksam vor Gentechnik auf Feldern und Tellern. Die EU-Kommission wird die unpopuläre Genmais-Zulassung nicht vor der Europawahl beschließen. Die Bundesregierung muss jetzt prüfen, ob die Genmais-Zulassung noch auf dem Rechtsweg gestoppt werden kann.

GENMAIS IST ERST DER ANFANG

Neben dem Mais 1507 steht eine ganze Reihe weiterer Gentechpflanzen zur EU-Zulassung an, darunter

Roundup-Ready-Soja. Die Genmais-Zulassung würde die Tür auch für diese Pflanzen öffnen. Zugleich versuchen Bundesregierung und EU-Kommission aktuell, das „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs und damit die Kennzeichnung von Honig mit Gentech-Pollen auszuhebeln. Selbst kanadischer Rapshonig aus 100 Prozent Gentech-Raps käme dann ohne jede Kennzeichnung in den Handel. Unser Antrag (18/578), der das verhindern sollte, wurde von Schwarz-Rot am 13. März ebenfalls fast einstimmig abgelehnt.

FRAGEN ZU UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT & VERKEHR?

ak2@gruene-bundestag.de

» WEG MIT DEM OPTIONSZWANG!



Foto: Bernd Thissen/dpa

„Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang.“ So steht es im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Alles klar, so dachte man. Endlich soll die diskriminierende Regelung fallen, wonach ein Teil der hier geborenen Kinder nicht-deutscher Eltern bis zu ihrem 23. Geburtstag eine von zwei Staatsbürgerschaften abgeben muss. Nun aber will die Union eine an den Haaren herbeigezogene Interpre-

tation dieser Vereinbarung durchsetzen: So soll der deutsche Pass an einen deutschen Schulabschluss oder einen 12-jährigen Aufenthalt in Deutschland geknüpft werden.

Dies führt bei den Betroffenen zu großer Verwirrung: Kann ich jetzt wirklich noch bleiben, was ich seit meiner Geburt bin, nämlich deutscher Staatsangehöriger? Die Regierung sendet weiter die Botschaft: Ihr seid Deutsche nur auf Probe! Und offenbar verfolgt die Union auf dem Rücken dieser jungen Menschen vor allem das Ziel, ihren Koalitionspartner zu demütigen.

In dieser verfahrenen Situation haben nun nicht nur die grüne Bundestagsfraktion, sondern auch drei Bundesländer einen Gesetzentwurf (18/185) vorgelegt, wie der Optionszwang vernünftig und rückstandsfrei abgeschafft werden kann. Prompt ist die GroKo tief beleidigt und

verbittet sich Vorschläge der Länder. Ein merkwürdiges Verfassungsverständnis. Dabei ist das Ende des Optionszwangs längst überfällig: Er diskriminiert eine Generation von jungen Menschen, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist.

» BKA: UMFASSENDE AUFKLÄRUNG NÖTIG

Wer, wie, was, wann, warum? In der Affäre um die Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Edathy sind noch viele Fragen offen. Das betrifft besonders das Bundeskriminalamt (BKA), dessen Umgang mit Ermittlungen im Bereich Kinderpornografie, aber auch die Informationspolitik seines Präsidenten Ziercke.

Die grüne Bundestagsfraktion hat von Anfang an auf umfassende Aufklärung gedrängt. Auf unseren Antrag hin hat sich der Innenausschuss in mehreren Sitzungen und Sondersitzungen mit dem Komplex beschäftigt. Die Koalition hat dort wenig Aufklärungsinteresse gezeigt.

Erst nach und nach wurde auf wichtige Fragen geantwortet, jedoch nicht umfassend. Wir haben daher nun umfangreiche parlamentarische Anfragen eingereicht.

Ganze zwei Jahre hat das BKA gebraucht, um die von kanadischen Behörden übermittelten Informationen (Projekt „Spade“) auszuwerten. In einem Bereich wie der Kinderpornografie muss das kritisch hinterfragt werden. Dies gilt umso mehr, als bekannt wurde, dass ein hoher BKA-Beamter selbst auf der Liste der Verdächtigen stand. Wieso dieser Fall im BKA behandelt, die Auswertung der anderen Fälle jedoch erst einmal gestoppt wurde, ist zumindest schleierhaft. Hier wie bei den Informationsweitergaben stellt sich die Frage der Verantwortung.

FRAGERN ZU BÜRGERRECHTEN & DEMOKRATIE, RECHTS- & GESELLSCHAFTSPOLITIK?

ak3@gruene-bundestag.de

» HÄNDE WEG VOM PARLAMENTSVORBEHALT!

20 Jahre nach dem historischen Urteil des Bundesverfassungsgerichts bereitet die Große Koalition die Aufweichung des Parlamentsvorbehalts für Auslandseinsätze vor. Das wurde in den Bundestagsdebatten über die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung und vermeintlichen „Sicherung“ der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen deutlich. Trotz aller Beteuerungen, dass sich der Parlamentsvorbehalt bewährt habe, lässt die Koalition keinen Zweifel daran, dass sie unter dem Vorwand der Bündnisintegration wesentliche Grundlagen der bisherigen Mitwirkungsrechte des Bundestages in Frage stellt und ändern will. Die Kommission soll hierfür binnen Jahresfrist Vorschläge erarbeiten.

Der Kommission sollen nach Vorstellung der Koalitionsspitzen 16 Mit-

glieder – sieben von der CDU/CSU, fünf von der SPD und je zwei von der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen – angehören. Die Leitung übernehmen der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) und der ehemalige Staatssekretär, Walter Kolbow (SPD). Des Weiteren sollen Verfassungsexperten und Militärs der Kommission angehören.

Wir Grüne im Bundestag haben aus der Presse von der Zusammensetzung der Kommission erfahren. Es gab zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Anzeichen, dass die Koalition an einer Beteiligung der Opposition interessiert ist. Unser Vorschlag, das Mandat und die Zusammensetzung der Kommission parlamentsfreundlich zu ändern, wurde abgelehnt.

Die grüne Bundestagsfraktion wird sich folglich an dieser Kommission nicht aktiv beteiligen. Für die angekündigte Aufweichung des Parlamentsvorbehalts stehen wir nicht zur Verfügung. Unser klares Ziel ist es, die Parlamentsrechte zu stärken.



Foto: dpa

Aus den Reihen der Union gab es diverse Versuche, die Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Besonders beliebt ist der Vorschlag, wonach der Bundestag der Bundesregierung periodisch (zu Beginn der Legislaturperiode oder jährlich) eine Blankovollmacht erteilt und am Ende nur noch ein Rückholrecht behält. Die jüngsten Vorschläge in diese Richtung stammen von den Unionsabgeordneten Schockenhoff und Kiesewetter, die auf die Einrichtung der Kommission gedrängt haben.

» FRAUENTAG 2014

Anlässlich des Internationalen Frauentages hat die Bundestagsfraktion auf die vagen Ankündigungen der Großen Koalition für Frauen in Führungspositionen reagiert. Wir fordern gesetzliche Maßnahmen für die Privatwirtschaft und eine wirksame Quote von 40 Prozent für beide Geschlechter in Aufsichtsräten. Auch für die Vorstände muss eine praktikable Lösung gefunden werden.

Und auch bei der Bezahlung brauchen wir endlich Gleichheit. Wie jedes Jahr markiert der Equal Pay Day am 21. März den Zeitraum, den Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vor-

Foto: Kerstin Zillmer



jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Wir haben uns an der zentralen Kundgebung in Berlin beteiligt und fordern mit einem Antrag die Bundesregierung zur zügigen Vorlage eines effektiven Entgeltgleichheitsgesetzes auf.

Am bereits traditionellen grünen Parlamentarischen Abend zum 8. März (Foto) nahmen unsere neuen frauenpolitischen Akteurinnen, Ulle Schauws, Sprecherin für Frauenpolitik und Katja Dörner, neu im Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die Gelegenheit wahr, mit ihren Gästen über die Anforderungen an eine moderne Frauen- und Geschlechterpolitik zu sprechen. Neben Themen wie Quote, Zeitpolitik oder Entgeltgleichheit ging es dabei um die Möglichkeiten feministischer Gegenöffentlichkeit. Dafür waren im letzten Jahr #aufschrei oder Pro-Quote wichtige Beispiele.

» KINDERSCHUTZ: NOCH VIELE FRAGEN OFFEN

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy stellt sich die Frage, wie Kinder und Jugendliche besser geschützt werden können. Es geht um Fotos und Filme von nackten oder wenig bekleideten Kindern, die keine sexuellen Handlungen zeigen. Solche Bilder werden getauscht oder verkauft. Dies ist

dann strafbar, wenn die Bilder Posieren in sexualisierter Art („Posing“) zeigen. Häufig werden solche Filme oder Fotos produziert, ohne dass Kinder oder Eltern wissen, wozu sie genutzt werden sollen. Muss die Grenze des Strafbaren neu definiert werden? Wir prüfen, welche Probleme bei der Strafverfolgung aufgetreten sind und welche Lücken das geltende Recht aufweist. Das gilt insbesondere für die kommerzielle Verbreitung von Nacktbildern im Internet, die keine sexuellen Handlungen zeigen. Für uns stehen der Schutz der Selbstbestimmung der Kinder und deren Würde im Mittelpunkt. Diese sind auch berührt, wenn Kinder Objekt eines Marktes werden, der die Nacktheit von Kindern kommerzialisiert. Allerdings müssen die vielen Fragen, die sich derzeit stellen, gründlich bedacht werden. Das werden wir in einem Gespräch mit Fachleuten im April tun. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung haben wir erfragt, welche konkreten Maßnahmen die Regierung nach ihren öffentlichen Äußerungen nun prüft oder ergriffen hat – etwa zur Umsetzung des Aktionsplans Kinderschutz oder zur internationalen Förderung von Prävention.

FRAGEN ZU WISSEN, GENERATIONEN & GESUNDHEIT?

ak5@gruene-bundestag.de

FRAGEN ZU INTERNATIONALER POLITIK & MENSCHENRECHTEN?

ak4@gruene-bundestag.de

ICH WILL VERÄNDERN

Politik bestimmte ihren Alltag schon von klein auf. Heute kämpft Luise Amtsberg im Bundestag für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Von Susanne Sporrer

„Ich bin mit einer klaren Vorstellung darüber, was Unterdrückung der bürgerlichen Rechte bedeutet, groß geworden“, erklärt Luise Amtsberg. Frisch und unkompliziert kommt die junge Politikerin beim Ortstermin in ihrem neuen Berliner Abgeordnetenbüro rüber. Die 29-Jährige gehört zur „Dritten Generation Ost“. Sie zeigt auf das gleichnamige Buch im Regal. Es handelt von ihrer Generation, die ihre Kindheit teils in der DDR, teils im wiedervereinigten Deutschland erlebte. Freimütig erzählt sie, wie sie als Vierjährige den DDR-Staatschef zum Kaffee nach Hause einladen wollte. 1988 war das. Erich Honecker übergibt die dreimillionste Neubau-Wohnung der DDR in Berlin-Hohenschönhausen. Und die kleine Luise schwenkt begeistert ihr Fähnchen. Doch die Eltern geben ihr deutlich zu verstehen, was sie von diesem Mann halten. Die Familie diskutiert viel, der Vater hält mit seiner Meinung auch in der Öffentlichkeit nicht hinterm Berg. Später ist die „Tageschau“ Pflicht – auch wenn die Tochter viel lieber „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ sehen würde.

Die gebürtige Greifswalderin wächst in Ostberlin auf. Als sie eingeschult wird, gibt es politisch nur noch ein Deutschland. Doch in der ehemaligen DDR wirkt der Mangel an einer entwickelten demokratischen Kultur lange nach. „Ich bin von Lehrern ausgegrenzt worden, die wussten, wie man bei uns zu Hause politisch so drauf war“, erinnert sie sich. Das nimmt sie ihnen bis heute übel. Als Gymnasiastin im Ostberliner Lichtenberg durchlebt sie dramatische Veränderungen. Auseinandersetzungen spitzen sich zu, einstige Freunde werden zu Neonazis. „Leider ist der Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeit. Um ihn zu erhalten, muss man bereit sein, ihn sich immer wieder zu erkämpfen“, ist Amtsbergs Erkenntnis. Folgerichtig engagiert sie sich tatkräftig gegen Rechts. Während des Studiums – sie belegt Islamwissenschaften, evangelische Theologie und Politik in Kiel – hilft sie Flüchtlingen bei Behördengängen. Dass die Menschen über Nacht abgeschoben werden, stellt ihr Verständnis von einem funktionierenden Rechtsstaat auf die Probe.

Sie bestimmt die Flüchtlingspolitik zu einem ihrer Kernthemen. „Wir haben eine sehr, sehr diskriminierende Asylgesetzgebung, die nicht zu unserem sonstigen Verfassungsverständnis passt“, empört sich Amtsberg. Als Mitglied im Innenausschuss und flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion kämpft sie für einen fairen Umgang mit Schutzsuchenden. „Dass an den EU-Außengrenzen die Menschenrechte de facto nicht mehr gelten“, bringt sie in Rage. Mit dem Versprechen „Ich will verändern!“ zog sie in den Wahlkampf. Jetzt setzt sie alles daran, diese menschenunwürdige Praxis zu beenden.

Veränderung in der Opposition ist ein mühsames Geschäft, das musste schon die junge Abgeordnete im Kieler Landtag schlucken. Aber sie hat auch gelernt, dass Beharrlichkeit sich auszahlt: Ein Jahr nach einem entsprechenden Antrag im Landtag wurde die Residenzpflicht für Asylbewerber in Schleswig-Holstein tatsächlich abgeschafft. „Dieser Erfolg und das Feedback der Flüchtlinge waren ein großer Ansporn, weiter in der Politik zu bleiben“, gesteht sie heute. Dabei war es gar nicht ihr Ziel, Politikerin zu werden. Hätte damals in der Mensa nicht dieser Zettel gehangen, die schleswig-holsteinischen Grünen suchten eine Praktikantin zur Bundestagswahl 2005. Luise Amtsberg bekommt ihre Chance, kurz darauf macht sie mit Joschka Fischer Wahlkampf in Heiligenhafen. Vier Jahre später sitzt sie im Landtag, nach weiteren vier Jahren steht sie auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl. Eine rasante Karriere, doch Politik ist nicht alles, wenn man jung und lebenslustig ist. Snowboardfahren, Malen und Reiten kommen durch das Bundestagsmandat etwas zu kurz. „Aber Freizeit muss sein, ich kann meine Arbeit nur gut machen, wenn ich zufrieden bin“, erklärt sie gut gelaunt. Ein erfüllendes Leben kann Luise Amtsberg sich auch außerhalb des Parlaments vorstellen, etwa bei einer Nichtregierungsorganisation im Ausland. Oder vielleicht doch als Besitzerin einer Strandbar an der Ostsee? Noch ist alles möglich.

Foto: St. Kaminski

LUISE AMTSBERG

seit 2005 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
2009–2012 Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag
2012–2013 Kreisvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Kiel
seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Flüchtlingspolitik und Bürgeranliegen





EUROKRISE NACHHALTIG MEISTERN

Um die europäische Finanzkrise ist es ruhiger geworden. Die Rettungspakete haben Wirkung gezeigt, sogar ein bescheidenes Wirtschaftswachstum zeichnet sich ab. Doch die eigentliche Herausforderung, der Wechsel zu einem nachhaltigen sozial-ökologischen Wirtschaftsmodell, liegt noch vor uns.

Die Eurokrise hat sich beruhigt. Ein klarer Beleg dafür sind deutlich niedrigere Zinsen, die Krisenländer für neue Schulden bezahlen müssen. Ein Herausbrechen von Ländern aus dem Euro scheint heute fern, dennoch ist die Krise in vielen Eurostaaten nach wie vor akut. Kleine und mittelständische Unternehmen haben es immer noch schwer, an Kredite zu kommen, und geraten so leicht in Schwierigkeiten. Die Arbeitslosigkeit ist – anders als in Deutschland – in vielen europäischen Ländern sehr hoch.

DER EURO SCHEINT GERETTET – FÜRS ERSTE!

Für die grüne Bundestagsfraktion bedeutete die Zustimmung zu den Rettungspaketen kein „Ja und Amen“. Im Gegenteil – von Anfang an haben wir die Schwächen des Krisenmanagements, seine demokratischen Defizite und die unsozialen Konditionen der Rettungsmaßnahmen kritisiert. Doch es stand zu viel auf dem Spiel. Um den Euro nicht scheitern zu lassen und keine massiven sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen zu riskieren, war es nötig, den kurzfristigen Rettungsmaßnahmen durch den Rettungsschirm zuzustimmen.

Insgesamt haben die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) fast 450 Milliarden Euro für die Krisenländer bereitgestellt. Diese Gelder haben ihre Wirkung auch nicht verfehlt. In vielen Ländern, die an dem Rettungsprogramm teilgenommen haben, hat sich die Lage stabilisiert. Irland und Spanien haben die Programme zur Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen bereits abgeschlossen. Portugal wird eventuell schon im Sommer ohne weitere Hilfe auskommen. Zypern kämpft zwar mit einem enormen Einbruch der Wirtschaftsleistung, schreit aber nichtsdestotrotz mit großem Reformeifer voran. Offen ist die Lage in Griechenland, wo die Beratungen mit der Troika immer wieder ins Stocken geraten. Weiterhin machen Finanzierungslücken im laufenden Haushalt sowie fehlendes Kapital bei den Banken dem Land zu schaffen. Griechenland wird also sehr wahrscheinlich weitere Hilfen brauchen.

LAGE BLEIBT FRAGIL

Inzwischen gibt es erste positive Wachstumssignale. Um 1,2 Prozent soll die Wirtschaftsleistung in Europa nach zwei Jahren der Schrumpfung in diesem Jahr wieder zunehmen. Doch das darf über die weiter bestehenden Probleme nicht hinwegtäuschen. Die Krisenländer kommen aus einer tiefen Rezession und ihre Arbeitslosenzahlen, vor allem unter Jugendlichen, sind katastrophal.

Die Eurozone erlebt ein Schuldenparadoxon: Trotz ambitionierter Sparprogramme stagnieren die Schuldenstände. In einigen Ländern steigen sie sogar weiter an. So ist die spanische Staatsverschuldung von 86 Prozent im Jahr 2012 auf rund 99 Prozent bis zum Anfang dieses Jahres geklettert. Dabei haben die nur auf Einsparungen ausgerichteten Anpassungsprogramme die Rezession in den Krisenländern verstärkt, das haben vor allem Angela Merkel und Nicolas Sarkozy zu verantworten. Vordringlich sind deshalb jetzt Investitionen, die möglichst schnell wieder Perspektiven und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Die Wurzeln der Krise reichen aber tiefer: Ohne koordinierte Wirtschaftspolitik hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder drastisch auseinanderentwickelt. Dieses Entwicklungsmodell war nicht nachhaltig. Der Zusammenbruch der Kreditversorgung der Krisenländer hat diesen „Systemfehler“ mit einem Schlag schonungslos offenlegt. Erste Schritte für eine bessere Koordinierung in Europa und eine Regulierung der Banken sind zwar gemacht, weitere müssen folgen. Vor allem muss die Chance genutzt werden, Europas Wirtschaft mit einem konsequenten Aufbruch für Energie- und Ressourceneffizienz auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

POLITIKWECHSEL FÜR EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHES EUROPA

Es ist deshalb höchste Zeit für einen grundlegenden Politikwechsel. Europa hat Zukunft, wenn wir es auf das Fundament eines sozial-ökologischen Wirtschaftsmodells stellen. Dann können wir auch die europäische Idee einlösen, allen Bürgerinnen und Bürgern Europas ein selbstbestimmtes und freies Leben zu ermöglichen.

Um ihnen neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen, sind weitere Strukturreformen nötig, die für mehr Chancen sorgen und zum Beispiel den Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Leute erleichtern. Barrieren, die den Zugang zu Märkten versperren, und überbordende Bürokratie gehören auf den Prüfstand. Europas Ordnungsrahmen muss klar auf ökologische Modernisierung und mehr Gerechtigkeit ausgerichtet werden.

Richtige Weichenstellungen hat die grüne Bundestagsfraktion bereits bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt erreicht. So konnten wir eine Zustimmung Deutschlands zur Energieeffizienz-Richtlinie durchsetzen. Damit ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Energiewende auf europäischer Ebene gesetzt worden. Zudem konnten wir ernst-

hafte europäische Verhandlungen für eine Finanztransaktionssteuer (FTT) erreichen, die zu einer Stabilisierung des Finanzsystems in Europa beitragen wird.

Im Prozess der weiteren Haushaltskonsolidierung darf es nicht nur einseitig ums Sparen gehen. Vielmehr müssen Einnahmen- und Ausgabenseite genau betrachtet werden. In den Krisenländern müssen hohe Einkommen und Vermögen in die Pflicht genommen werden, einen angemessenen Beitrag zu erbringen. Nicht weiter gespart werden darf bei den sozial Schwachen und bei Investitionen in die Zukunft wie etwa in den ökologischen Strukturwandel oder in Bildung und Forschung.

BANKENUNION SCHNELL UND KONSEQUENT VOLLENDEN

Die Wirtschaft in den Krisenländern kann sich nur erholen, wenn eine stabile Kreditversorgung der Unternehmen gewährleistet ist. Das ist alles andere als einfach, weil die Banken selbst ihre eigene exzessive Verschuldung abbauen müssen und deshalb nur zögerlich neue Kredite vergeben. Damit auch private Investoren wieder an den Krisenländern interessiert sind, gilt es mit einer schnellen und konsequenten Bankenunion das nötige Vertrauen zu schaffen.

Doch leider stellt der Bankensektor auch heute noch ein unkalkulierbares Risiko dar. Die europäische Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) wird zwar im November starten, doch ob beim einheitlichen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus die Weichen richtig gestellt werden, ist noch unklar. Die Bundestagsfraktion fordert, dass der Abwicklungsmechanismus schon 2015 einsatzfähig ist. Er soll in der Lage sein, schnell und ohne politische Einflussnahme einzelner Länder zu entscheiden und zu handeln. Finanzieren sollen dies die Großbanken selbst.

Künftig sollen bei Bankenpleiten auch Gläubiger zahlen. Grundsätzlich ist das positiv. Im Ernstfall nützt es aber nur dann, wenn die Gläubigerbanken selbst über ausreichend Eigenkapital verfügen. Die Bundestagsfraktion fordert deshalb, ergänzend eine verbindliche Mindesteigenkapitalquote („Schuldenbremse“) für Banken einzuführen.

EINE DEMOKRATIE IN DER KRISE DARF NICHT ZU EINER KRISE DER DEMOKRATIE FÜHREN

Wie Grüne im Bundestag setzen uns grundsätzlich für starke Parlamentsrechte ein. Auch für Entscheidungen auf



Foto: fotolia

europäischer Ebene gilt das Prinzip: Keine Entscheidung ohne parlamentarische Mitbestimmung! Vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir deshalb durchgesetzt, dass auch im Rahmen des Fiskalvertrags umfassende Informations- und Mitwirkungsrechte gelten. Mit dem Rückenwind aus Karlsruhe konnten wir erreichen, das EU-Beteiligungsgesetz (EUZBBG) an die Neuerungen des Fiskalvertrags anzupassen.

Demokratische Rechte fordern wir nicht nur für den Deutschen Bundestag ein. Entscheidungen über die Zukunft Europas dürfen nicht in irgendwelchen Hinterzimmern getroffen werden – der richtige Ort dafür ist das Europäische Parlament. Dazu fordern wir für das Europäische Parlament und seine Abgeordneten mehr Rechte.

DIE KRISE NACHHALTIG ÜBERWINDEN

Die Zukunft Europas liegt in einer echten Wirtschafts- und Solidarunion. Um die damit verbundenen Chancen zu entfalten, müssen die europäischen Länder Kompetenzen in der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik an die europäische Ebene abgeben. So kann nationale Souveränität sogar zurückgewonnen werden, zum Beispiel können Steueroasen auf europäischer Ebene viel wirkungsvoller bekämpft werden als rein national. Alle Ausgaben in Europa müssen auf den Prüfstand und die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am wirksamsten sind.

Um Europa auch langfristig zu stabilisieren, müssen wir den sozial-ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft vorantreiben. Mit dem Green New Deal liegt dafür ein Konzept auf dem Tisch, das wir als Antwort auf die 2008 ausgebrochene Wirtschafts- und Finanzkrise entwickelt haben. Es verbindet Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte mit Investitionen in den ökologischen Struk-

turwandel und sorgt für einen neuen sozialen Ausgleich.

Auch die Energiewende hilft Europa aus der Krise heraus. Heute treiben die hohen Ausgaben für den Import von Öl und Gas die Leistungsbilanzdefizite vieler Länder nach oben. Die Energiewende ist deshalb eine wichtige Strukturreform mit doppelter Dividende: Energieeffizienz und Umstieg auf erneuerbare Energien verringern die Schuldenlast und stabilisieren so die Währungsunion. Mit guten, zukunftsfähigen Jobs und einer nachhaltigen Perspektive.

Die Zukunft der EU entscheidet sich genau jetzt. Ob wir gemeinsam und gestärkt aus der Krise hervorgehen oder renationalisiert und zerstritten, wird das Europa von morgen prägen. Wir Grüne im Bundestag sind überzeugt: Nur ein solidarisches und ökologisches Europa, das auf dem Weg der Integration fortschreitet, bietet uns allen eine sichere und friedliche Zukunft. Mehr Demokratie in Europa und mehr Rechte für die Europäische Union sind dafür unumgänglich. Deshalb setzen wir uns auch mit Nachdruck für einen Europäischen Konvent unter Beteiligung von Sozialpartnern und Zivilgesellschaft ein. Das wäre ein weiterer wichtiger Schritt in eine gemeinsame, partnerschaftliche und stabile Europäische Union.

KERSTIN ANDREAE
stv. Fraktionsvorsitzende
polit. Koordinatorin des AK 1



DR. FRITHJOF SCHMIDT
stv. Fraktionsvorsitzender
polit. Koordinator des AK 4



TERMINE

INVESTITIONSSCHUTZ IN FREIHANDSABKOMMEN

Fachgespräch am 05.05. in Berlin
AK 1 Koordination, TEL 030/227 58909,
ak1@gruene-bundestag.de

MIKROPLASTIK IN KOSMETIK

Fachgespräch am 07.05. in Berlin
AK 2 Koordination, TEL 030/227 59406,
ak2@gruene-bundestag.de

VERBRAUCHERMACHT IN DER DIGITALEN WELT?

Konferenz am 16.05. in Berlin
AK 3 Koordination, TEL 030/227 589 00,
ak3@gruene-bundestag.de





Termine: immer aktuell unter
gruene-bundestag.de » News »
Termine


ONLINE

Tagesaktuelle Informationen, die neuesten Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos sowie politische Hintergründe finden Sie auf » gruene-bundestag.de. Neues und Wissenswertes liefern unsere Newsletter.


Ihre Anregungen, Kommentare, Ideen und Fragen können Sie uns auch über die sozialen Netzwerke schicken:

 Folgen Sie uns auf Twitter:
twitter.com/GrueneBundestag

 Werden Sie Fan bei Facebook:
facebook.com » Bündnis 90/
Die Grünen Bundestagsfraktion

 Die Fraktion bei Google+:
google.com/+GrueneBundestag

 Der grüne Kanal bei YouTube:
youtube.com/gruene

 Unsere Fotos bei flickr:
flickr.com/gruene-bundestag

PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl. Mehr unter:
gruene-bundestag.de » Publikationen

BROSCHÜREN

Wir im Bundestag. Die grüne Fraktion in der 18. Wahlperiode18/002

Bestellungen an:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand, 11011 Berlin
oder per E-Mail:
versand@gruene-bundestag.de

profil: GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

